



Ein Landschaftsschutzgebiet geht baden

Blick von der Gerberschanze auf Eissporthalle und Eichwaldbad im Landschaftsschutzgebiet Reutiner Bucht

„Die CSU, welche die Errichtung eines Vitalbades immer favorisiert hat, muss an dieser Stelle korrigieren, da die Finanzkraft einer Stadt Lindau für ein Vorhaben dieser Größenordnung nicht ausreicht“ (T. Hummler, K. Schober, Juli 2013).

In Sachen wichtige Aufgaben und Leistungsfähigkeit der Stadt war die CSU in 2013 klüger, realistischer als heute. Ihre Einsicht zur Finanzkraft der Stadt formulierte die CSU wohl wissend, dass die Stadt für Unterführung, Bahnhof, Kitas, Schulen, Pflegeheime und Inselhalle sowie unerwartete Kostensteigerungen noch viel Geld würde aufbringen müssen.

Bitte beachten: Damals schätzte man die Gesamtkosten der Inselhalle auf 28 Mio. €. Derzeit liegen wir schon bei 53,1 Mio. €.

Was 2013 „Vitalbad“ hieß, nennt sich heute „Therme Lindau“.

Hoffen, dass alles gut wird, ist nicht zukunftstauglich

Die Stadtratsmehrheit hofft, dass alles gut wird, das Konzept von Investor Schauer aufgeht, die geschätzten Einnahmen fließen und keine „unerwarteten“ Kostensteigerungen auftauchen.

Die meisten Stadträte hoffen, den städtischen Zuschuss für ein saniertes Eichwaldbad und neues Hallenbad auf 1,3 Mio. € pro Jahr reduzieren zu können. 2016 lag der jährliche Zuschuss für Limare und Eichwald bei 1,5 Mio. €.

9 gute Gründe, das Projekt „Therme Lindau“ abzulehnen

Warum vier der fünf bunten Stadträte trotzdem gegen das ÖPP-Projekt von Schauer sind, hat folgende Gründe.

1. Die Therme Lindau wird am falschen Standort errichtet, nämlich mitten im Landschaftsschutzgebiet Bayerisches Bodenseeufer.
2. Die Therme zieht Massen von Autos durchs Stadtgebiet ins Landschaftsschutzgebiet und auf den dortigen Bodenseeradwanderweg.
3. Wirtschaftlich erfolgreiche Bäder wie Erding liegen auf der grünen Wiese. Sie benötigen Flächen, um zu wachsen und sich neuen Konsumbedürfnissen anzupassen. Erding hat sich seit 2011 flächenmäßig verdoppelt. Erweiterungsflächen sind am Standort Eichwald nicht vorhanden und können nur auf Kosten des Landschafts- und Naturschutzes erschlossen werden.
4. Die Vergangenheit lehrt uns, dass Prognosen, Ertrags- und Kostenschätzungen leider nie positiv aufgegangen sind, z. B. Inselhalle, Telekommunikation Lindau GmbH.

5. Beim ÖPP-Projekt Therme verpflichtet sich die Stadt für die nächsten 30 Jahre zur eintreffenden Zahlung von 490 000 € pro Jahr an Schauers Betriebsgesellschaft. Sollte die Betriebsgesellschaft in die Insolvenz gehen, muss die Stadt gleichwohl 490 000 € weiter an die Bank des Investors zahlen.
6. Wir teilen die Einsicht der CSU von 2013. Die Finanzkraft der Stadt reicht für das Großvorhaben Therme Lindau nicht aus.
7. Das derzeitige Bäderdefizit kann gesenkt werden, indem man Standards reduziert, nicht alles Wünschenswerte ermöglicht, Ansprüche herunterschraubt. Ein beheiztes 50-m-Becken, das 200 000 € jährlich kostet, muss nicht sein.
8. Wir sind dafür, das Limare als Hallenbad zu erhalten und aus dem Eichwaldbad ein Naturbad zu machen mit sanierten Umkleiden, WCs und Duschen, einer guten Gastronomie und einem Biergarten im Eichenhain.
9. Ein Naturbad statt Therme brächte der Stadt Einsparungen in Höhe von 740 000 € pro Jahr.

ALEXANDER KISS

Wussten Sie schon,

dass der Bundesrechnungshof festgestellt hat: ÖPP-Projekte gehen grundsätzlich zum Nachteil der beteiligten Öffentlichen Institutionen aus. Nur die Privaten Investoren profitieren.

”

Bauen und Wohnen ist unser Thema im ersten Hoyboten 2017.

Auch in Lindau geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und während die einen mit dem „Betongold“ spekulieren, steigt für andere die Wohnungsnot bis hin zur Obdachlosigkeit.



BUNTSTIFT

Kommentar von I.-M. Pietrzak

Frage: Was bringt's?

Erstmals seit über 10 Jahren steigen die Schulden der Stadt kräftig. Fast 40% höher wird unser aller Schuldenberg. Grund sind die zahlreichen Investitionen.

Unsinnige Investitionen hat die Bunte Liste heftig bekämpft

- Das Parkhaus auf der Insel ist überflüssig und viel zu teuer.
- Der Nutzen einer Fernzughaltestelle in Reutin steht in keinem Verhältnis zum Aufwand. Ein Haltepunkt für die S-Bahn aus Österreich wäre ohne die unglaublich teuren Unterführungen ausgekommen.

Investitionen in die Zukunft hat die Bunte Liste immer unterstützt

- Die Sanierung unseres Heimatmuseums im barocken Kleinod Cavazzen wird aus vielen Töpfen bezuschusst und bietet breiten Schichten unserer Bevölkerung die Möglichkeit zur Identifikation mit unserer Stadt.
- Die Fahrrad- und Fußgängerunterführung am Eisenbahndamm erleichtert vielen das Leben.

- Die kleine Gartenschau „Natur in der Stadt“ soll als „Fest der Gärten“ und krönender Abschluss außerordentlicher Kraftanstrengungen auf der Hinteren Insel in Szene gesetzt werden.
- Die Gartenschau soll auch das Startsignal für die städtebauliche Entwicklung der Hinteren Insel geben.

In den Investitionen müssen sich alle LindauerInnen wiederfinden

Als Sachwalter der eingesetzten Steuermittel hat der Stadtrat eine große Verantwortung. Alle LindauerInnen sollen sich in den Investitionen wiederfinden. Dafür ist eine gründliche und ehrliche Bürgerbeteiligung nötig.

Die neue Inselhalle für die Menschen unserer Stadt

So schade es ist, dass die Inselhalle nicht rechtzeitig zur Tagung der Nobelpreisträger im Frühsommer fertig wird. Dadurch können die Menschen unserer Stadt diesen neuen, spannenden Treffpunkt als erste in Besitz nehmen. Zu beachten bleibt, dass sich nicht alle Mitbürger den Eintritt für Veranstaltungen leisten können oder wollen.



Begehrlichkeiten (Motiv: Altes Rathaus)

Schön wäre dann doch, wenn wir allen LindauerInnen zur Eröffnung unseres neuen Heimatmuseums im Cavazzen eine Jahreskarte schenken ...

Denn am Ende muss das Ziel aller finanziellen Anstrengungen und die Antwort auf die Frage in der Überschrift lauten:

Sozialen Frieden und Wohlstand!

ULI KAISER

In der Stadtrats-Sitzung vom 14.12.2016 hat die Bunte Liste nach sorgfältiger Abwägung von Chancen und Risiken mehrheitlich den Haushalt 2017 abgelehnt – Die Gründe im Einzelnen nachzulesen unter www.bunteliste.de

Als Bunte Liste treten wir Immobilienspekulation entgegen und unterstützen die städtische Wohnungsbaupolitik. Auch dort setzen wir uns für bezahlbare Mieten ein. Wir treten der zunehmenden Zweckentfremdung von Wohnraum zu Geister- und Ferienwohnungen entgegen und möchten alternativen, gemeinwohlorientierten Wohnprojekten mehr Raum geben. Dass ganze Familien obdachlos werden, ist ein sozialer Skandal und politisch nicht hinnehmbar.

Mit dem Bauen verändert sich Landschaft. Lebensraum für Vögel, Insekten und andere Tiere, Bäume und Pflanzen verschwindet und somit auch grüne Refugien, die uns Menschen zur Gesundheit und Lebensfreude dienen. Ackerflächen, die dem Anbau unserer Nahrung vorbehalten sind, werden mit dem fortschreitenden „Flächenfraß“ vernichtet – Flächen, die noch für unsere Kinder lebensnotwendig sind.

Aus all diesen Gründen setzt die Bunte Liste auf eine vorsichtige und ökologisch nachhaltige Bebauung und einen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau.

Zukunftsweisend – Wohnen in der Münchhofstraße



Geschäftsführer Alexander Mayer freut sich über zukunftsweisende Projekte der GWG

Ein Wohnungsangebot für Alt und Jung: generationsübergreifendes Wohnen in einer autofreien, parkähnlichen Umgebung.

Man könnte meinen, durch rege Bautätigkeit gäbe es keine Wohnungsnot in der Stadt Lindau. Weit gefehlt – bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Die rege Bautätigkeit dient nur Kapitalanlegern, die lieber in Betongold als in gängige Anlageformen investieren, um höhere Renditen zu erzielen. Dumm nur, dass die Renditeobjekte in der Regel sehr hochpreisig sind, unerschwinglich für niedrig oder durchschnittlich verdienende Familien.

GWG baut für den Wohnungsbedarf

Folge ist – die öffentliche Hand, hier die städtische Wohnungsgesellschaft GWG, muss den Bedarf decken. Sie will in den nächsten Jahren bis zu 400 Wohnungen erstellen: Fertiggestellt sind schon die Häuser in der Ludwig-Kick-Straße, im Frühjahr werden die Häuser in der Holdereggenstraße bezugsfertig. Derzeit werden schon die beiden Areale „Oberes Rothenmoos“ in Reutin und das „Höckle-Areal“ für die Bebauung mit Geschoss- und Reihenhäusern geplant.

Integriert und vielfältig Wohnen

Das interessanteste Projekt geht die GWG in der Münchhofstraße an. Dort stehen noch Mehrfamilienhäuser aus den Fünfzigerjahren. Unter größtmöglicher Ausnutzung des Grundstücks soll ein mehrgeschossiges Gebäudeensemble entstehen. Gefördert durch die Oberste Baubehörde beim Bayerischen Innenministerium wurde, als Teil eines Modellvorhabens des experimentellen Wohnungsbaus – „Effizient bauen, leistbar wohnen – mehr bezahlbare Wohnungen für Bayern“, ein Planungswettbewerb ausgelobt.

Beim Wettbewerb ging es um Nachverdichtung im Sinne der „nächsten Generation für eine Individualverkehrsfreie Gesellschaft“ und „die Idee eines familiengerechten, integrierten und vielfältigen Wohnens“. „Es soll eine stärkere Durchmischung im Wohnungsangebot zwischen junger und älterer Bevölkerung erwirkt werden, um die natürlichen Synergien zwischen Jung und Alt wieder aufleben zu lassen.“

Der erste Preisträger des Wettbewerbs sieht im Entwurf 72 flexibel gestaltete Wohnungen vor, die verdichtet ein generationsübergreifendes Wohnen in einer parkähnlichen Umgebung ermöglichen. Eine einfache aber energieeffiziente Bauweise steht im Vordergrund.

Wohnen im Park ...

... wird nur möglich, weil die Siedlung autofrei werden soll. Dazu wird auf die kostspielige Erstellung von Pkw-Stellplätzen, bis auf wenige für Besucher und Carsharing, verzichtet. Dieser Ansatz ist verkehrspolitisch zukunftsweisend und steht im Einklang mit dem Klimafreundlichen Lindauer Mobilitätskonzept (KliMo). Das Quartier ist bestens für autofreie Wohnformen geeignet: Es liegt zentral, alle Einrichtungen des täglichen Lebens (Schulen, Ärzte, Einkaufen ...) sind fußläufig oder mit dem Fahrrad zu erreichen. Stadtbushaltestellen und der zukünftige Bahnhof Reutin für den Weg zur Arbeit sind in unmittelbarer Nähe. Allen Familien stehen zwei Carsharing-Pkws zur Verfügung.

Für ein klimafreundliches Lindau sollten weitere in der Stadt zur Überplanung anstehende Quartiere mit dem Ansatz autofrei geplant werden (Hintere Insel, Oberes Rothenmoos ...). Interessantes: www.autofrei.de

MATTHIAS KAISER

Sauber vergeben

Unsere Stadt trennt sich wegen der aktuell hohen Investitionen immer wieder von Immobilien in ihrem Besitz. Auch die Tochterunternehmen wie die Stadtwerke oder die GWG handhaben das so.

Losgelöst von der Frage, ob wir die Verkäufe als Bunte Liste ablehnen oder nicht, fordern wir eine saubere, nachvollziehbare Vergabe dieser Objekte: Die Wohnungen, Häuser, Grundstücke oder Erbpachten müssen öffentlich bekanntgemacht und ausgeschrieben werden.

Es gibt in der Stadt bereits ausgearbeitete und seit Jahren bewährte Kriterienkataloge, nach denen die Vergabeentscheidungen getroffen werden können. Nur mit diesem transparenten Vorgehen können wir dem Eindruck der „Mauschelei“ begegnen und der immer weiter um sich greifenden Politikverdrossenheit Einhalt gebieten. Die Demokratie muss auch im Detail verteidigt werden.

ULI KAISER

Bunte Politik wirkt

Traditionell tut sich der mehrheitlich konservative Stadtrat schwer, Anträgen der Bunten Liste zuzustimmen.

Zwei wichtige bunte Themen haben aber nun mehrheitlich Zustimmung gefunden:

- Zum einen ging es um die **energiesparende Umstellung der öffentlichen Beleuchtung**

auf LED-Leuchten im gesamten Stadtgebiet. Der Antrag wurde noch von unserem Kollegen Dr. Peter Triloff im März 2013 erarbeitet und zusammen mit anderen Fraktionen gemeinsam gestellt. OB, Verwaltung und Stadtwerke brauchten drei Jahre, um die Voraussetzungen für die Zustimmung der Stadtratsmehrheit zu schaffen.

- Zum zweiten erreichten wir die Zustimmung zur **Verbesserung des Radweges von**

Schachen zum Europaplatz, nun wird es dort sogar ein Stück Fahrradstraße geben. Weitere Überzeugungsarbeit ist für die Strecke bis zur Staatsgrenze nach Österreich nötig. Speziell im Bereich Eichwaldbad ist eine verbesserte Planung notwendig!

MAX STRAUSS

Die Bunte Liste zur Hinteren Insel



Blick vom Giebelbach auf den Bereich der Bebauungsplanung auf der Hinteren Insel

Viel Aufregung und kritische Fragen hat der Siegerentwurf zur Bebauungsplanung der Hinteren Insel aufgeworfen. Mancher fragt, warum denn überhaupt dort gebaut werden soll.

Das Misstrauen, dass nur die Reichen ihr Betongold weiter vergraben dürfen und die Lindauer BürgerInnen außen vor sind, ist groß. Wie steht die Bunte Liste zu diesem Ergebnis?

Flächenfraß verhindern

Zunächst einmal: Die Bunte Liste hat gemeinsam mit dem „Förderverein Hintere Insel“ die Bebauung stets befürwortet. Sie verhindert Flächenfraß durch Wohnüberbauung im Umland und stärkt den urbanen Kern Lindaus.

Zuvor ist auf dem Gelände die kleine

Gartenschau geplant. Auch dafür hat sich die Bunte Liste immer wieder stark gemacht. Denn es gilt, die grüne Gartenstadt Lindau nachhaltig zu stärken und nicht ein autogeiles mittelalterliches Disneyland. Die Pläne für die Gartenschau sind nun im Rahmen unseres kleinen städtischen Budgets gut umsetzbar.

Umsonst & Draußen absichern

Wir freuen uns, dass ein einfacher und großzügiger Bürgerpark, wie von uns in der Vergangenheit immer angeregt, im Siegerentwurf vorgesehen ist. Viele LindauerInnen haben eine solche „grüne Insel“ auch bei den Bürgeranhörungen zur Planung der Hinteren Insel gefordert. Erklärtes Ziel der Bunten Liste ist, dass dort einmal im Jahr das U&D stattfindet. Wir fordern, das U&D per Bebauungsplan fest auf der Hinteren Insel zu „installieren“. Nur so

können wir vermeiden, dass es im Nachhinein zu Anwohnerklagen wegen Lärmbelästigungen kommt, oder schon im Vorfeld das Festival kurzerhand von der Insel verschwindet.

Alte Stadt weiterbauen

Der Siegerentwurf hat die Aufforderung, „die Altstadt weiterzubauen“, nach unserem Eindruck, am besten umgesetzt. Entscheidend für den städtischen Anteil der Hinteren Insel sind zwei Grundlagen:

Die Stadt baut hier mit der GWG oder der GKWG ausschließlich Mietwohnungen. Eine soziale Durchmischung kann über verschiedene Mietpreiskategorien gewährleistet werden. Damit werden diese wertvollen Wohnflächen der Spekulation und dem drohenden Leerstand entzogen.

Auch mit einem alternativen Genossen-

schaftsmodell wäre dies zu erreichen. Damit bleibt gesichert, dass dieses neue Wohngebiet ausschließlich den jungen und alten LindauerInnen zur Verfügung steht, sowohl Familien wie Alleinstehenden.

Ateliers, Manufakturen, Läden, Cafés und lichte Innenhöfe zum draußen Sitzen sind wie in der Altstadt möglich und gewollt. So wird verhindert, dass hier ein Schlafquartier entsteht anstelle eines lebendigen Stadtteils. Und autofrei soll das Quartier werden, denn die Entfernungen zu Bus und Bahn sind einmalig kurz.

Umsetzung nach Bedarf

Die Befürchtung, dass nun auf die Schnelle 600 Menschen auf der Hinteren Insel in Betonburgen einziehen, ist unbegründet. Die Aufzeichnungen in den Entwürfen sind Baufelder – Raum, der bebaut werden darf. Wir werden als Bunte Liste ganz klar darauf achten, dass auf der Hinteren Insel kein Beton-Ghetto entsteht! Und es gilt für uns in jeder Hinsicht: weniger ist mehr !!!

Die zweite Grundlage für die städtische Bebauung ist die Umsetzung nach Bedarf. Der Entwurf lässt sich sehr gut in kleinen Schritten umsetzen. Wir sehen eine Zielvorgabe für die nächsten zwei Generationen, also 40 – 50 Jahre. Für die Bahnflächen sind Instrumente wie die von uns beantragte Zweckentfremdungssatzung hilfreich, um den Auswüchsen der Wohnungswirtschaft Einhalt zu gebieten.

Seit Jahren hat sich die Bunte Liste gemeinsam mit anderen Initiativen für eine zeitgemäße und vor allem bürgernahe Bebauung der Hinteren Insel eingesetzt. Wir werden die Umsetzung kritisch und innovativ begleiten.

ULI KAISER,

MAX STRAUSS UND I.-M.PIETRZAK

Eine Stadt wirft sich den (Bau-)Löwen zum Fraß vor

See- und Bergsicht, der Druck in den Immobiliensektor durch „boomende“ Wirtschaft, billigste Baukredite, Nullzins für Sparguthaben und Unmengen Geld in Umlauf sind am ganzen See weiterhin Treibstoff für enormen „Bedarf“ an Spekulations- und Geldanlage-Immobilien.



Der andere Bedarf in Form chronischer, echter Wohnungsnot bei günstigem und „billigem“ Wohnraum für nicht betuchte Mitmenschen ist für Spekulanten und Bauträger uninteressant. Dieses Segment kann in Lindau nur die GWG als städtisches Unternehmen bedienen. So baut die GWG aktuell etwa 30% aller Wohnungen in Lindau, davon 50–70% im günstigen, sozialen Segment. Bleibt ein Saldo von etwa 80–85%, der zu einem Großteil der Spekulation und Geldanlage dient.

Hässlichste Renditearchitektur treibt den Flächenverbrauch in die Höhe und das Grün aus der Stadt!

Lindaus Einwohnerzahl liegt seit 20 Jahren leicht schwankend bei knapp 25 000 BürgerInnen, obwohl seit Jahren wie blöd gebaut wird. Ein von den ISEK-Gutachtern 2014 errechneter „Bedarf“ von 1800 Wohnungen wird seit 3 Jahren unverändert kommuniziert. Verwaltung und Politik wissen nicht, wie viele und was für Wohnungen pro Jahr gebaut werden, reden aber von Bedarf.

Wo sind nun die gebauten, aber nicht von Einwohnern genutzten Wohnungen? In Lindau gibt es 446 gemeldete Ferienwohnungen, die Gesamtzahl dürfte bis etwa doppelt so hoch sein, Tendenz steigend. Auch viele Zweitwohnungen, oft wenige Tage im Jahr genutzt, reduzieren das Angebot; offenbar ist die Zweitwohnungssteuer der Stadt viel zu niedrig, um dies zu verhindern.

Die Stadt fördert Leerstand und Flächenverbrauch

Wenn das so bleibt – etwa 40 ha bereits vorgemerkt Flächen sprechen dafür – wird die „Gartenstadt“ Lindau in ein, zwei Jahrzehnten von Ferienwohnungs-, Spekulations- und Geldanlage-Immobilien zugewuchert sein und ein ganzjähriges Verkehrschaos und immer noch extreme Wohnungsnot im sozialen Bereich haben. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ändert daran nichts, dieses ist nur Voraussetzung für Förderungen im Städtebau.

Lindaus Bauverwaltung muss endlich steuern

Anlage- und Spekulationsimmobilien muss ein Riegel vorgeschoben werden: Baurecht darf es prinzipiell erst geben, wenn die Stadt vorher im Besitz der entsprechenden Fläche ist. Damit können Politik und Verwaltung Anzahl, Dichte und Art der Bebauung steuern und damit den Flächenverbrauch reduzieren – das Cofely-Areal wird dagegen schon vorab in Hinterzimmern vergoldet. Die Zweitwohnungssteuer muss erhöht werden, um Leerstand zu beseitigen, gemeldete Ferienwohnungen müssen als „nicht-störendes Gewerbe“ richtig besteuert werden, die Nichtanmeldung wie in anderen Städten muss bestraft, eine Zweckentfremdungssatzung muss eingeführt werden.

Damit können die echte große Wohnungsnot im sozialen Bereich und die Attraktivität der Stadt für Spekulation und Geldanlage deutlich gemindert, die Lebensqualität ihrer BürgerInnen erhalten werden.

PETER TRILOFF

Stadtratsantrag der Bunten Liste

Um die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) aufgestellten Forderungen zu konkretisieren und künftig in der Stadt auch umzusetzen, hat die Bunte Liste Anfang November einen Antrag an den Stadtrat gestellt. Die in Punkt vier genannte Satzung würde Ferienwohnungen sowie dauerhaft (über sechs Monate) leerstehende Wohnungen betreffen.

1. Die Anzahl der in Lindau existierenden Ferienwohnungen wird geprüft und neu erfasst.
 2. Für bestehende und künftig zu errichtende Ferienwohnungen wird eine finanzielle Abgabe erhoben.
 3. Die Errichtung und der Betrieb von Ferienwohnungen wird genehmigungspflichtig.
 4. Die Stadt Lindau erlässt eine Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum.
- Die beantragten Maßnahmen sind geeignet, einen Beitrag dazu zu leisten, der hiesigen Bevölkerung zu Wohnraum zu verhelfen und der Spekulation mit Immobilien die Grundlage zu beschneiden. Wir hoffen, dass die anderen Stadtratsfraktionen uns darin unterstützen.

ULRIKE LORENZ-MEYER

Wie geht Carsharing?

1. Chipkarte an die Windschutzscheibe der Fahrerseite halten
→ die Türen des Autos öffnen sich.
2. Schlüssel aus dem Handschuhfach nehmen, starten, losfahren.
3. Nach Beendigung der Fahrt Auto am Platz parken, Schlüssel ins Handschuhfach, Auto mit Chipkarte verschließen.

Mehr Infos: www.bodenseemobil.de/LI/

Wo gibt's die Chipkarte?

- Die Chipkarte bekommt, wer Mitglied im Carsharing-Verband ist. Die Konditionen variieren:
- Mieter der GWG können vergünstigt Mitglied werden.
 - Vereine und Unternehmen verhandeln ihre Mitgliedschaft individuell.
- Für alle anderen gelten die Standardbedingungen von bodenseemobil in Lindau.



Grüne Oasen zum Summen und Zwitschern



Kleine Parkanlage im Bereich Buttlerhügel

Eugen Schuhmacher

Der Naturschutzbund (NABU) spricht von einem gigantischen Insektensterben, wenn er einen Insektenrückgang von ca. 80% feststellt.

Das hat weitreichende Folgen für die Natur, die Vögel aber auch für uns Menschen. Laut einer Studie gehen allein durch das Bienensterben 23% Früchte, 16% Gemüse, je 22% Nüsse und Getreide weltweit verloren. Mit diesem dramatischen Rückgang des Insektenbestandes geht auch der heimische Singvogelbestand zurück.

Beobachtungen von Vogelkundlern führen auch zu der Erkenntnis, dass immer mehr Vogelarten vom Land in die Parks der Städte ziehen. Als Ursache wird der verstärkte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft angesehen. Das Nahrungsangebot in den Parks der Städte scheint teils reichhaltiger als auf dem Land zu sein.

Dafür müssen Parks natürlich vorhanden sein und geschützt werden. Auch wenn Lindau gefällte Bäume durch Ausgleichspflanzungen ersetzen muss, dauert es ca. 30 Jahre, bis die neuen Bäume zu einer Größe herangewachsen sind, die sie zur Heimat von Vögeln und Insekten geeignet

macht. Die Verdichtungsmaßnahmen zur Schaffung von Wohnungen vernichten auch bei uns Lebensraum für Insekten und Vögel.

Bäume werden gefällt, natürlich gewachsene Hecken und Büsche verschwinden dauerhaft. Das schränkt das Nahrungsangebot und den Lebensraum für Vögel weiter ein. Künftig muss dem Erhalt von Lebensräumen für Tiere jeglicher Art bei Bauvorhaben wieder mehr Bedeutung zukommen.

Bundes-Umweltministerin Barbara Hendricks erklärte 2014 bei der Vorstellung der neuen Berichte zur Lage der Natur: „Um nationale und europäische Naturschutzziele erreichen zu können, ist es wesentlich, dass Naturschutz noch stärker als bisher als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und auch gelebt wird.“

Aktuell soll in Lindau die kleine Parkanlage im Bereich Buttlerhügel teilweise dem Bau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage durch einen Investor weichen. Besitzerin der Parkanlage ist die bundeseigene Immobiliengesellschaft (BIMA). Als bundeseigenes Unternehmen sollte sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Grünfläche in Reutin für Insekten, Vögel und die dort lebenden Menschen erhalten.

EUGEN SCHUHMACHER

Zeitgemäß: Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen

Während die junge Generation Beruf und Kinder unter einen Hut bringen muss, wollen die Älteren länger in den eigenen vier Wänden und in sozialen Bezügen leben. Gemeinschaftliches Wohnen von jungen und älteren Menschen ist da eine naheliegende Idee. Gegenseitige Anregung und Entlastung machen das Leben vielseitiger, bunter und einfacher.

Entscheidend für ein Gelingen ist es, die Balance zwischen Selbstbestimmung der einzelnen Bewohner und gemeinschaftlicher Verbindlichkeit zu finden.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte stehen für:

- >> Soziales Miteinander und Gemeinsinn ohne Aufgabe der individuellen Freiheit
- >> Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten und sozialen Hintergründen
- >> Nachhaltigkeit durch gemeinsames Nutzen von Räumen und Geräten
- >> Reduzierung von Flächen- und Energieverbrauch (Quartiersbezogenheit, Bus und Bahn, Carsharing, 2000-Watt-Gesellschaft)

Auch in Lindau gab und gibt es immer wieder Projekte gemeinschaftlichen Wohnens. Mit der

Bebauungsplanung für die Hintere Insel wird nun der Stadt die Möglichkeit gegeben, gemeinschaftliches Wohnen zu fördern und damit eine zukunftsweisende Wohnungspolitik zu verwirklichen.

Das erfordert von allen Beteiligten Kompromissbereitschaft, nachhaltiges Engagement und einen langen Atem.

FRIEDER FAHRBACH
CLAUDIA MAHMOUD

Unter www.wagnis.org lesen Sie, was nicht nur in München schon Realität ist.



Genossenschaftliches Wohnen mit SELBSTHILFE

Auch ein Modell für Lindau?

Vor mehr als 33 Jahren wurde in Hannover die Wohnungsgenossenschaft Selbsthilfe Linden eG gegründet.

Dies war die politische Antwort auf die Suche nach einer Möglichkeit zur sozial verträglichen Modernisierung von Mehrfamilienhäusern im traditionellen Hannoverschen Arbeiterquartier Linden.

Die zukünftigen Bewohner waren von Anfang an bei der Planung der Grundrisse und der Ausstattung „ihrer“ Wohnungen beteiligt. Über die Selbsthilfe – die Mitarbeit an der

Modernisierung – konnten die Mieter Kosten sparen, die sie dann nicht über die Miete aufbringen mussten. Durch die gemeinsame Arbeit bei der Modernisierung wurden auch gleichzeitig die Hausgemeinschaft und die Bildung einer guten Nachbarschaft gefördert.

Durch das Genossenschaftsmodell haben die Bewohner Dauerwohnrecht wie bei Eigentum. Sie können aber nicht zu Gewinnzwecken oder zum Nachteil der Gemeinschaft über ihren Wohnraum verfügen. Damit konnte nachhaltig die Spekulation mit Wohnraum verhindert werden. Die Mieten blieben auch nach Auslaufen der gesetzlichen Mietpreisbindung von 10 Jahren sozial gebunden.

Heute verfügt die Genossenschaft über gesamt 347 Wohnungen und 7 Gewerbeeinheiten in 50 Mehrfamilienhäusern, davon 3 Neubauhäuser mit 28 Wohnungen und angegliederter Kindertagesstätte. 6 MitarbeiterInnen, teils in Teilzeit kümmern sich um die kaufmännischen, technischen und sozialen Belange der Hausverwaltung. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten ehrenamtlich.

Z. Zt. ist eine Wohnungsgenossenschaft nach diesem Modell in Konstanz in Gründung und u. a. gibt es ein ähnliches Modell in Freiburg schon länger.

REINER PIETRZAK Jubiläumsbroschüre



Repro: Reiner Pietrzak

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Die Ortsvereinigung Lindau des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der DGB-Region bayerisches Schwaben beschloss auf ihrer Sitzung vom 18. Juli 2016, sich in die Diskussion über die zukünftige Gestaltung des bisherigen Cofely-Geländes an der Kemptener Straße einzumischen. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„Die Firma I+R Schertler/Dietrich-Bau plant die Bebauung des bisherigen Lindauer Cofely-Werksgeländes an der Kemptener Straße.

sehr angespannten Wohnungssituation für diese Menschen in Lindau nicht im öffentlichen Interesse. Sollte die Firma I+R Schertler/Dietrich-Bau dazu nicht in der Lage oder bereit sein, so bietet sich als Lösung an, dass diese 30 Prozent der eventuell kommenden Wohnungsbebauung auf dem bisherigen Cofely-Werksareal von der GWG-Lindauer-Wohnungsbaugesellschaft übernommen wird.

2. Sorgen Sie als Stadtrat in den anstehenden Verhandlungen und mit Ihren Beschlüssen bitte



Cofely-Werksareal an der Kemptener Straße

Dieses Gelände ist zwar bereits in ihrem Besitz aber nach wie vor als Industriegebiet gewidmet.

Sollten Sie vom Stadtrat Lindau aus eine Umwidmung hin zu einer Wohnbebauung vornehmen, richten wir folgende dringenden Bitten an Sie:

1. Sorgen Sie bitte in den Verhandlungen der Stadtverwaltung und per Stadtratsbeschluss dafür, dass von den in Zukunft dort eventuell neu errichteten Wohnungen mindestens 30% für Menschen mit geringem bis durchschnittlichem Einkommen vorgesehen und vergeben werden.

Die Firma I+R Schertler/Dietrich-Bau möchte laut Bericht in der LINDAUER ZEITUNG dort bisher nur 10% der von ihr geplanten Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen vorsehen. Dies ist aber angesichts der

dafür, dass auf dem bisherigen Cofely-Werksareal an der Kemptener Straße in Zukunft nicht nur eine Wohnbebauung stattfindet, sondern von Anfang an auch Gewerbeflächen und ausreichend Flächen des öffentlichen Bedarfs eingeplant und tatsächlich auch errichtet werden.“

KARL SCHWEIZER

Soziale Bodennutzung für Lindau

SoBoN, soziale Bodennutzung, ist keine sozialistische Erfindung, sondern ein Instrument des Baurechts, das in Städten wie München und Erding ein Erfolgsmodell ist.

Aus bunter Sicht gibt es eine unbürokratischere und bessere Alternative für kleine Städte wie Lindau: Die Stadträte haben die freie Entscheidung, durch Erlass und Änderung von Bebauungsplänen Grünland oder Gewerbeflächen in Wohngebietsflächen zu wandeln. Dadurch steigt der Wert dieser Grundstücke um mehrere Hundert Euro pro Quadratmeter.

Bei einer Bebauung ist die Stadt (letztendlich der Steuerzahler) für die nötige Infrastruktur der entstandenen Wohnquartiere zuständig: Verkehrsanbindung, Straßenbeleuchtung, Grünflächen, Kindergärten, Schulen etc.

Deshalb ist es sinnvoll und gerecht, dass die Stadt ab sofort erst dann einen Bebauungsplan erlässt oder Gewerbeflächen (Beispiel Cofely-Areal) zu Wohnflächen macht, wenn sie zuvor das Eigentum an diesen Flächen erworben hat. Dann käme die Wertsteigerung in einer Größenordnung von mehreren Millionen Euro der öffentlichen Hand zugute und nicht privaten Investoren und könnte in erheblichem Umfang dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

I.-M. PIETRZAK

„Dann machen wir das selber“

ein Interview mit Dr. Ulrike Lorenz-Meyer, Stadträtin und Kreistagsabgeordnete von I.-M. Pietrzak



Ulrike, Du bist parteilose Kreisrätin der Grünen und Stadträtin der Bunten Liste, ein bemerkenswert hohes politisch ehrenamtliches Engagement.

In den 70ern brüstete sich die Stadt mit dem Slogan „Lindau – alte Stadt für junge Leute“. Außer Narrenzunft und Sportverein hatte sie aber nichts zu bieten. „Dann machen wir das selber“, haben wir uns gesagt und zunächst den Club Vaudeville und dann die Bunte Liste gegründet. Auch danach ist noch viel Neues entstanden, und mir hat diese praktische alternative Politik immer Freude gemacht.

Was ist Dir als Bunte Stadträtin wichtig?

Ich möchte unsere sozialen, ökologischen und basisdemokratisch erarbeiteten Inhalte so vertreten, dass sie sich in der Gestaltung der Stadtpolitik wiederfinden. Ich will nicht, dass Politik wie ein Selbstbedienungsladen funktioniert. Ich möchte, dass Menschen in einer gesellschaftlich schwachen Position, also Frauen, Kinder, Alte und Behinderte sich dort wiederfinden und gestärkt sehen. Diese Gruppen haben keine Lobby und sind im Stadtrat nicht vertreten. Hier sitzen hauptsächlich Männer zwischen 50 und 65 Jahren, die annehmen, dass ihre Interessen die Interessen aller sind.

Wie fühlst Du Dich als eine der wenigen Frauen in den politischen Gremien?

Wir sind auf jeden Fall zu wenige Frauen und wir handeln als Frauen über Parteigrenzen hinweg nicht mehr solidarisch. Das bedaure ich sehr, zumal wir in der letzten Kreistagsperiode einen Frauenbeirat hatten, der sich parteiübergreifend mit frauenrelevanten Themen befasste. Dann beschloss die Männermehrheit des Kreistages das Gremium aufzulösen. Der Landrat ging einfach davon aus, dass wir Frauen gleichberechtigt sind und kein eigenes Gremium brauchen.

Glaubst Du, dass junge Frauen das auch so sehen?

Wahrscheinlich sehen sie es nur so lange so, bis sie Kinder haben oder erleben, wie Männer karrierefähig an ihnen vorbeiziehen.

Was muss Politik tun für die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung der Frauen?

Es gibt Gleichberechtigungsstellen, Frauenbeauftragte, Genderforschung, aber wichtig wäre aus meiner Sicht, dass Männer ihre Rolle als Väter wirklich annehmen können, sodass es für Arbeitgeber nicht vorhersehbar ist, wer in die Elternzeit geht. Für eine Übergangszeit bin ich für Quoten z. B. bei Stellenbesetzungen von Führungskräften.

Warum gibt es Deiner Ansicht nach so wenig Frauen in der Politik?

Politik ist von Machtstrukturen geprägt und in diesem Spiel um Macht kennen sich Männer aus meiner Sicht besser aus. Dort wo Strukturen es vorgeben, wie z. B. bei der Frauenquote der Grünen, füllen Frauen ihre Position selbstverständlich aus.

„Mein Papa kommt“

Das Unternehmen „Flechtwerk 2+1 gGmbH“ ist Träger eines bundesweiten Besuchsprogramms für getrennt lebende Väter und Mütter.

Es vermittelt Übernachtungsmöglichkeiten für getrennt lebende Väter und Mütter bei ehrenamtlichen Gastgebern am Wohnort des Kindes.

Die Idee dazu hatte die Pädagogin Annette Habert im Jahr 2008, als ihr ein 9-Jähriger den Wunsch anvertraute: „Mein Papa besucht mich jedes Wochenende. Aber das geht nur im Sommer. Da kann er im Auto schlafen. Kannst du da was machen?“ Die Idee war geboren!

Kinder mit zwei Elternhäusern brauchen stabile Bindungen. Dies ist eine wichtige Grundlage zur Entwicklung sozialer Kompetenzen. Die steigende Zahl der Trennungen und die häufig

großen räumlichen Entfernungen zu einem Elternteil gefährden feste und positive Bindungserfahrungen.

Das Besuchsprogramm „Mein Papa kommt“ stärkt die Eltern-Kind-Bindung, indem getrennt lebenden Vätern und Müttern kostenfreie Übernachtungsmöglichkeiten bei ehrenamtlichen Gastgebern vermittelt werden. Bei Bedarf wird ein pädagogisches Elterncoaching angeboten. Weitere Infos: www.mein-papa-kommt.de

Seit 2 Jahren sind mein Mann und ich Gastgeber für Flechtwerk 2+1. Unsere Erfahrungen sind durchwegs nur positiv und bereichernd. Auch Sie können ehrenamtliche Gastgeber werden und die Vision einer Gesellschaft unterstützen, in der alle Kinder eine für ihr Leben bedeutsame, innige Beziehung zu ihren beiden Elternteilen haben.

MANUELA KISS



www.bunteliste.de

IMPRESSUM

Hoybote, Mitteilungsblatt der Bunten Liste, Lindau

Herausgeber: Bunte Liste Lindau

Kontakt: hoybote-lindau@gmx.de

Vi.S.d.P.: Inge-Marga Pietrzak, 88131 Lindau (B)

Auflage: 12 500 Exemplare

Redaktion: Inge-Marga Pietrzak, Reiner Pietrzak, Uwe Peschka

Satz/Layout: Claudia Mahmoud

Produktion: Druckerei Kleb, Wangen-Haslach. Klimaneutraler

Druck auf Recymago, 100% Recyclingpapier